



## **Anfrage Meier Anja und Mit. über die Assoziierung der Schweiz mit dem EU-Förderprogramm Erasmus+**

eröffnet am 30. November 2020

Das EU-Programm Erasmus+ ist ein wichtiges Förderinstrument für Bildung, Jugend und Sport, das insbesondere die Mobilität von Studierenden und Lernenden in Europa und darüber hinaus unterstützt. Nachdem die Teilnahme der Schweiz nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 sistiert wurde, beteiligt sich die Schweiz aktuell im Status eines Drittlandes an den Aktivitäten der laufenden Programmgeneration Erasmus+ (2014–2020). Seither regelt eine projektweise Beteiligung mit beschränkten Rechten die direkte Finanzierung der Beteiligung der Eidgenossenschaft.

Ab dem 1. Januar 2021 beginnt die Laufzeit des neuen Nachfolgeprogramms Erasmus+ (2021–2027). In diesem Zusammenhang steht derzeit die Frage im Raum, ob und in welchem Umfang sich die Schweiz an das neue Programm assoziieren wird. Während die Beteiligung der Schweiz am neuen EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe (2021–2027) zügig vorangetrieben wird, – eine Finanzierungsbotschaft wurde im Mai dieses Jahres vorgelegt – verzögert sich dieselbe Diskussion bei Erasmus+.

Anfangs September 2020 liess der Bundesrat verlauten, dass er dem nationalen Parlament erst im ersten Halbjahr 2021, also nach dem Start des neuen Programmes, einen Bericht zu den weiteren Schritten unterbreiten würde. Dies bedeutet, dass sich die Schweiz vorläufig weiterhin als Drittstaat an Erasmus+ beteiligen wird. Diese Verzögerung einer Vollasoziiierung ist bedenklich, hat die aktuelle Ad-hoc-Lösung für Jugendliche und Studierende doch eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten zur Folge. Zahlreiche Interessensverbände aus den Bereichen Jugend, Bildung, Forschung, Wirtschaft und Innovation – darunter der Verein der Schweizer Studierendenschaften (VSS) – betonen deswegen seit Monaten die Wichtigkeit einer raschen Vollasoziiierung.

Von der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerinstitutionen und von Fördergeldern aus EU-Rahmenprogrammen für Bildung, Forschung und Innovation profitieren auch im Kanton Luzern zahlreiche Studierende, Bildungseinrichtungen auf Tertiär- und Sekundärstufe (z. B. die Kantonsschule Musegg) sowie die regionale Forschungsindustrie. Eine Vollasoziiierung an die neue Erasmus+-Generation würde es den regionalen Hochschulen etwa ermöglichen, bei der Erasmus-Initiative «European Universities» mitwirken zu können. Eine Verzögerung riskiert, dass der Bildungs- und Forschungsstandort Schweiz – und damit auch Luzern – weiter ins europäische Abseits rückt.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Bedeutung von EU-Rahmenprogrammen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation für den Bildungs- und Forschungsstandort Luzern ein?

2. Lässt sich ermitteln, wie viele EU-Fördermittel in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation Studierenden, Bildungs- und Forschungseinrichtungen im Kanton Luzern in den letzten fünf Jahren zugutegekommen sind?
3. Ist es im Interesse des Kantons Luzern als Bildungs- und Forschungsstandort, dass sich die Schweiz vollständig am Nachfolgeprogramm Erasmus+ (2021–2027) beteiligt?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich allenfalls allein oder in Absprache mit anderen Zentralschweizer Kantonen beim Bund für eine baldige solche Vollasoziation einzusetzen?

*Meier Anja*

Wimmer-Lötscher Marianne

Brunner Simone

Meyer Jörg

Setz Isenegger Melanie

Engler Pia

Fässler Peter

Sager Urban

Schmutz Judith

Candan Hasan

Schwegler-Thürig Isabella

Lehmann Meta

Schneider Andy

Muff Sara

Budmiger Marcel

Schuler Josef

Koch Hannes

Heeb Jonas

Cozzio Mario

Roth David

Bucher Noëlle

Ledergerber Michael

Frey Monique